



**Motion von Andreas Lustenberger, Tabea Zimmermann Gibson, Anastas Odermatt und Stéphanie Vuichard  
betreffend ökologische Folgen von Kantons- und Regierungsratsgeschäften  
vom 14. März 2019**

Die Kantonsrätinnen Tabea Zimmermann Gibson, Zug, und Stéphanie Vuichard, Zug, sowie die Kantonsräte Andreas Lustenberger, Baar, und Anastas Odermatt, Steinhausen, haben am 14. März 2019 folgende Motion eingereicht:

Die gesetzlichen Grundlagen sind so anzupassen, dass zukünftig alle Geschäfte des Kantons- und Regierungsrats neben ihren finanziellen jeweils auch auf ihre ökologischen Auswirkungen überprüft werden und diese Auswirkungen analog in den jeweiligen Berichten und Anträgen dargelegt werden.

Begründung:

Monatlich finden momentan in der ganzen Schweiz, aber auch in Zug, Klimastreiks statt. Die Schüler\*innen sprechen aus, was uns allen schon lange bewusst ist. Es ist Zeit zu handeln: Der Mensch hat bereits einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die globalen Temperaturen sind gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter global um 1 Grad Celsius gestiegen, weil die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre von 280 ppm auf über 400 ppm angestiegen ist. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren.

Bereits 1,5 °C Erderwärmung führen unter anderem dazu, dass der steigende Meeresspiegel riesige Küstengebiete unbewohnbar macht. Die Weltbank schätzt, dass in den kommenden 30 Jahren die Zahl der Klimaflüchtlinge auf über 140 Millionen Menschen ansteigen wird. Auch in der Schweiz wird der Klimawandel zu spüren sein, so werden zum Beispiel Landwirtschaft und Wintertourismus von den Folgen direkt betroffen sein.

Der Klimawandel ist also nicht bloss ein Klimaproblem: Er ist ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Tierschutz und Friedensproblem. Es braucht deshalb auf kommunaler, kantonaler, nationaler und internationaler Ebene rasch griffige Massnahmen, um dieser drohenden Katastrophe entgegenzuwirken. Die aktuellen Pläne und Massnahmen reichen nicht aus, um die Erwärmung bis 2050 auf die angestrebten 1,5°C zu begrenzen.

Mit der stringenten Prüfung aller Geschäfte des Kantons- und Regierungsrats auch auf ihre ökologischen Folgen könnte in Zukunft z.B. aufgezeigt werden, wie viele Emissionen durch Geschäfte des Zuger Kantons- und Regierungsrats verursacht würden. Diese Analyse könnte die Grundlage bilden, um ökologische Folgen behandelter Geschäfte abschätzen und deren ökologische Nachhaltigkeit verbessern zu können sowie dazu beitragen, die national ratifizierten Ziele des Pariser Klimaabkommens und die UNO-Ziele für eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen.